



OTI Greentech AG
Berlin

Jahresabschluss 2021

OTI GREENTECH AG, BERLIN

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2021

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg

Registernummer: HRB 195006 B

AKTIVA

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Sachanlagen	1,00	1,00
II. Finanzanlagen	<u>10.197.115,37</u>	<u>5.984.226,40</u>
	10.197.116,37	5.984.227,40
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	488.968,28	600.149,09
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>78.665,50</u>	<u>43.155,96</u>
	567.633,78	643.305,05
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>40.488,69</u>	<u>497,35</u>
	608.122,47	643.802,40
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>1.134,04</u>	<u>5.600,00</u>
	<u>10.806.372,88</u>	<u>6.633.629,80</u>

PASSIVA

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	7.518.140,00	7.257.458,00
II. Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	3.379.394,92	0,00
III. Bilanzverlust	<u>-3.552.631,62</u>	<u>-1.530.310,11</u>
	7.344.903,30	5.727.147,89
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	957.635,55	78.110,20
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15,05	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	249.318,82	215.304,32
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	145.035,86	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.109.464,30	613.067,39
- davon aus Steuern: EUR 7.837,89 (Vorjahr: EUR 2.736,57)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.733,72 (Vorjahr: EUR 0,00)		
	<u>2.503.834,03</u>	<u>828.371,71</u>
	<u>10.806.372,88</u>	<u>6.633.629,80</u>

OTI GREENTECH AG, BERLIN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021

	2021 EUR	2020 EUR
2. Rohergebnis	238.943,25	200.501,75
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-178.206,70	-165.148,68
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-22.302,86</u>	<u>-21.513,58</u>
	-200.509,56	-186.662,26
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-446.286,20	-290.766,95
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.919,19	34.031,75
- davon aus verbundene Unternehmen: EUR 4.919,19 (Vorjahr: EUR 10.031,75)		
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1.561.830,00	0,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-57.558,19</u>	<u>-29.480,65</u>
8. Ergebnis nach Steuern	<u>-2.022.321,51</u>	<u>-272.376,36</u>
9. Jahresfehlbetrag	-2.022.321,51	-272.376,36
10. Verlustvortrag	<u>-1.530.310,11</u>	<u>-1.257.933,75</u>
11. Bilanzverlust	<u><u>-3.552.631,62</u></u>	<u><u>-1.530.310,11</u></u>

**OTI Greentech AG
Berlin**

Anhang zum 31. Dezember 2021

Allgemeine Angaben

Die OTI Greentech AG hat ihren Sitz in Berlin und ist beim Amtsgericht Charlottenburg im Handelsregister HRB 195006 eingetragen.

Der Jahresabschluss der OTI Greentech AG, Berlin, zum 31. Dezember 2021 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a Abs. 1 HGB auf. Von den Erleichterungen für Kleinstkapitalgesellschaften wurde teilweise Gebrauch gemacht.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung erfolgte unter dem Aspekt der Unternehmensfortführung (Going Concern-Prinzip), da der Unternehmensfortführung keine tatsächlichen oder rechtlichen Gegebenheiten entgegenstehen. Sofern die Planungsrechnung und insbesondere Beteiligungserträge von verbundenen Unternehmen nicht oder nicht im geplanten Umfang realisiert werden, wird die Unternehmensfortführung beeinträchtigt. Der Vorstand ist der Auffassung, dass die Liquidität vor dem Hintergrund der erwarteten zukünftigen Ertragslage, der aktuellen Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten sowie einer Finanzierungszusage für 2022 und soweit aktuell absehbar auch für 2023 gesichert und die Going Concern-Annahme der Gesellschaft angemessen ist.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear vorgenommen. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis € 800,00 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Soweit erforderlich, wird der am Bilanzstichtag vorliegende niedrigere beizulegende Wert angesetzt, sofern eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorliegt. Bei vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 3 S. 4 HGB keine Abschreibung vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken zu Anschaffungskosten bewertet worden.

Der Ausweis der Bank- und Kassenbestände erfolgt mit dem Nennbetrag.

Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Ausgaben gebildet, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Das Eigenkapital ist zum Nennwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei

wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden grundsätzlich mit dem historischen Kurs zum Zeitpunkt der Erstverbuchung erfasst. Die in fremder Währung vorhandene Vermögensgegenstände und Schulden werden zum Stichtag mit dem Devisenkassamittelkurs nach §256a HGB umgerechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens kann dem nachstehend dargestellten Anlagenspiegel entnommen werden.

Im Geschäftsjahr wurden die Anteile an der KMI Cleaning Solutions, LLC (nach Erwerb nun KMI Merger Sub, LLC) sowie der Advanced Formulas Inc. (mittelbare Beteiligung) vollständig erworben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Unter den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen werden Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in Höhe von T€ 568 (Vj. T€ 643) ausgewiesen. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen umfassen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 305 (Vj. T€ 343) sowie sonstige Forderungen in Höhe von T€ 183 (Vj. T€ 256).

Grundkapital

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2021 € 7.518.140,00 (Vj. € 7.257.458,00) und ist eingeteilt in 7.518.140 Stückstammaktien (Vj. 7.257.458 Aktien).

Die Hauptversammlung fasste am 23. Juni 2017 den Beschluss, den Vorstand der Gesellschaft zu ermächtigen, das Grundkapital bis zum 22. Juni 2022, um bis zu € 10.000.000,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2017/I). Die Gesellschaft hat eine Kapitalerhöhung aufgrund des Vorstandbeschlusses vom 4. Februar 2021 / 6. April 2021 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 4. Februar 2021 / 6. April 2021 sowie des zugehörigen Aufsichtsratsbeschlusses vom 18. Mai 2021 von € 7.257.458,00 um € 260.682,00 auf € 7.518.140,00 durchgeführt und im Mai 2021 beim Handelsregister eingereicht. Die Eintragung beim Handelsregister erfolgte am 26. Mai 2021. Auf das erhöhte Grundkapital wurden 260.682 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einer rechnerischen Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft von je € 1,00 gegen Barzahlung zum Ausgabebetrag von € 1,00 je neuer Aktie ausgegeben.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19. Juni 2015 mit Änderung durch Beschluss der Hauptversammlung vom 23. Juni 2017 um bis zu € 2.200.000,00 zur Durchführung von Optionsrechten, welche die Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlungen vom 19. Juni 2015 und 23. Juni 2017 an Mitglieder des Vorstandes und ausgewählte Führungskräfte ausgegeben hat, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2015/II).

Das am 19. Juni 2015 beschlossene bedingte Kapital im Gesamtbetrag von bis zu € 4.000.000,00 beträgt nach Ausgabe von Bezugsaktien in Höhe von insgesamt nominal € 2.900.000,00 im Geschäftsjahr 2019 noch € 1.100.000,00 (Bedingtes Kapital: 2015/I).

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Juni 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, um bis zu insgesamt € 10.000.000,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2017 /I). Den Aktionären ist ein Bezugsrecht einzuräumen. Die Aktien können einem Kreditinstitut zur Übernahme angeboten werden mit der Verpflichtung, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Das genehmigte Kapital beträgt nach teilweiser Ausschöpfung in Höhe von € 2.558.856,00 in 2019 und in Höhe von € 260.682,00 in 2021 noch € 7.180.462,00.

Das Grundkapital der Gesellschaft wird nach dem Beschluss des Vorstandes und des Aufsichtsrates jeweils vom 29. Juli 2021 von € 7.518.140 auf € 10.382.034 durch Ausgabe von 2.863.894 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einer Beteiligung von € 1,00 erhöht. Die Eintragung der Kapitalerhöhung im Handelsregister erfolgte am 14. Februar 2022 (siehe Nachtragsbericht). Das genehmigte Kapital (Genehmigtes Kapital 2017/I) beträgt nach dieser teilweisen Ausschöpfung noch € 4.316.568,00.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen Rückstellungen für ausstehende Kaufpreiszahlungen von T€ 863 (Laufzeit von mehr als einem Jahr), für Jahres- und Konzernabschlusskosten von T€ 93 und für ausstehende Rechnungen von T€ 2.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassen ausschließlich sonstige Verbindlichkeiten.

Erläuterungen zu Gewinn und Verlustrechnung

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen beinhalten ausschließlich außerplanmäßige Abwertungen.

Sonstige Zinsen und ähnlichen Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge resultieren aus Zinsen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Sonstige Angaben

Aufsichtsrat

Folgende Aufsichtsratsmitglieder waren während des Geschäftsjahres bestellt:

- Herr Andrew Schwager, Global FMCG Spezialist/Beteiligung, London, Großbritannien, Vorsitzender,
- Herr Paul R. Morris, Consultant, Zürich, Schweiz, stellvertretender Vorsitzender sowie
- Herr Nicholas Reginald Elmslie, Consultant, Twickenham, Großbritannien.

Vorstand

Mitglieder des Vorstandes waren im Geschäftsjahr 2021:

- Herr John Kisalus, Chemiker, Victoria, Texas, USA.

Mitarbeiter

In Berichtszeitraum wurde neben dem Vorstand durchschnittlich ein Mitarbeiter beschäftigt.

Vergütung der Organe

	Gesamtjahres- vergütung €
Bezüge des Vorstandes 2021	
Dr. John Kisalus	70.000
Bezüge des Aufsichtsrats in 2021	
Andrew Schwager, AR-Vorsitzender	25.000
Paul Morris, stellvertretender. AR-Vorsitzender	17.000
Nicholas R. Elmsie	17.000

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sonstigen finanziellen Verpflichtungen betragen T€ 5.

Berlin, den 20. September 2022

(Der Vorstand)

OTI Greentech AG

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2021

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	31.12.2021 EUR	01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
I. Sachanlagen												
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.809,72	0,00	0,00	0,00	1.809,72	1.808,72	0,00	0,00	0,00	1.808,72	1,00	1,00
	1.809,72	0,00	0,00	0,00	1.809,72	1.808,72	0,00	0,00	0,00	1.808,72	1,00	1,00
II. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehm	17.796.509,74	5.774.718,97	0,00	0,00	23.571.228,71	11.812.283,34	1.561.830,00	0,00	0,00	13.374.113,34	10.197.115,37	5.984.226,40
	17.796.509,74	5.774.718,97	0,00	0,00	23.571.228,71	476.205,80	1.561.830,00	0,00	0,00	13.374.113,34	10.197.115,37	5.984.226,40
	17.798.319,46	5.774.718,97	0,00	0,00	23.573.038,43	478.014,52	1.561.830,00	0,00	0,00	13.375.922,06	10.197.116,37	5.984.227,40

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die OTI Greentech AG, Berlin

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der OTI Greentech AG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die Angaben im Nachtragsbericht im Anhang, in der die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschaft ihre angespannte Liquiditätssituation durch Laufzeitverlängerung von Verbindlichkeiten und Finanzierungszusagen insoweit entlastet hat, dass die Going Concern-Annahme zugrunde gelegt werden kann. Wie dort dargelegt, deuten diese Ereignisse und Gegebenheiten auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der

Unternehmenstätigkeit aufwirft und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für die folgenden sonstigen Informationen verantwortlich:

- den Bericht des Aufsichtsrats.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir hierzu weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen:

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu

beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, 20. September 2022

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Jessen

Wirtschaftsprüfer

Hornow

Wirtschaftsprüferin